



FDP

Fraktion
Region Hannover

**Rede des Fraktionsvorsitzenden Dieter Lüddecke in
der Regionsversammlung am 07.03.2006**

Thema: Veräußerung der Pflegeheime der Region Hannover

Die ausführliche Beschlussdrucksache der Verwaltung über die Zukunft unserer Pflegeheime lässt der Region keine Chance, die jährlichen Defizite in absehbarer Zeit zu reduzieren. Auf Dauer ist es nicht hinnehmbar, dass wir die regionseigenen Heime mit Steuermitteln subventionieren während die Heime in freier Trägerschaft ohne jede Unterstützung auskommen müssen. Dies ist eine unzulässige Wettbewerbsverzerrung.

Ich darf daran erinnern, dass die Region keine gesetzliche Verpflichtung hat, Alten- und Pflegeheime selbst zu betreiben. Wir müssen lediglich sicherstellen, dass ausreichend Heimplätze verfügbar sind. Darüber hinaus haben wir die Heimaufsicht auszuüben.

In der Region Hannover gibt es ca. 160 Heime in privater Trägerschaft und nur drei in kommunaler Trägerschaft der Region Hannover. Die Qualität der privaten Heime ist nicht schlechter und die Bewohner sind im allgemeinen dort gut aufgehoben.

Wenn die Gewerkschaft ver.di heute bei allen Fraktionen interveniert, um den Verkauf der Heime zu verhindern, dann scheint dies nicht nur aus Sorge um das Pflegepersonal zu geschehen. Vielmehr scheinen auch eigene Machtinteressen dahinter zu stehen. Eine von ver.di in Auftrag gegebene Studie anlässlich der Privatisierungsabsichten kommunaler Krankenhäuser in Hamburg belegt eindeutig, dass die stark verbreiteten Vorurteile gegenüber Privatisierungen unbegründet sind. Offensichtlich war ver.di vom Ergebnis der Studie so überrascht, dass sie die Studie unter Verschluss hielt. Erst durch eine Indiskretion hat die Presse davon erfahren. Die positiven Ergebnisse dieser Studie lassen sich auf Alten- und Pflegeheime übertragen. Bei rationaler Betrachtung der Situation entstehen, wenn private Betreiber Investitionen vornehmen, eher mehr Arbeitsplätze als weniger. Weitere positive Aspekte wie sichere Zukunft, mehr Investitionen, Kostensenkung oder Optimierung der Ablauforganisation sind eindrucksvoll nachgewiesen. Deshalb sollten wir als Abgeordnete die vorhandenen Vorurteile nicht verstärken, sondern die Kommunikation mit dem Pflegepersonal suchen, es aufklären und motivieren, den Weg der Privatisierung mitzugehen. Diese Handlungsweise steht allerdings im krassen Gegensatz zu der Weltuntergangsstimmung, die die Linkspartei hier verbreitet.

Ich fordere die Verwaltung auf, jetzt den richtigen Bieter für unsere Heime zu suchen. Es sollte ein am Markt etabliertes und seriöses Unternehmen sein. Hier haben wir als Region eine gemeinsame Sorgfaltspflicht gegenüber dem Pflegepersonal und den Bewohnern unserer Heime. Wenn dies gelingt, wird die Qualität der Altenpflege in der Region nicht abnehmen, sondern eher stärker werden.

Die FDP-Fraktion wird deshalb der Beschlussvorlage zustimmen. Wir tun dies nicht nur wegen der knappen öffentlichen Kassen, sondern aus Überzeugung, dass dies der richtige Weg ist.